Inklusion von nicht sprechenden Menschen im Nordwesten

Runder Tisch "Beratungsstellennetzwerk für Unterstützte Kommunikation und Unterstütztes Schreiben" am 08.06.20111

Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen wird derzeit viel diskutiert. Menschen mit Beeinträchtigungen haben das gesetzlich verankerte Recht, selbstverständlich an allen Lebensbereichen teilzuhaben, ihre Meinungen zu äußern und aktives Mitglied der Gesellschaft zu sein. Dabei erhält die Fähigkeit sprechen zu können eine Schlüsselfunktion. Aktive Teilhabe ist nur möglich, wenn man sich gegenseitig versteht und miteinander sprechen kann. Im Weser-Ems Gebiet können fast 3700 Menschen nicht oder nur schwer verständlich sprechen. Gründe dafür sind beispielsweise körperliche oder geistige Behinderungen, die Folgen eines Unfalls oder eines Schlaganfalls sowie Demenzerkrankung. Jedoch sind laut einer Studie der Universität Oldenburg rund 76% der nichtsprechenden Menschen nicht mit notwendigen Kommunikationshilfen versorgt (Stand 2008). Diese Unterversorgung zu beheben und flächendeckend Beratungsstellen einzurichten, ist Ziel des UK-Netzwerkes Weser-Ems.

Am 21. April 2010 fand an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg der erste Runde Tisch "Beratungsstellennetzwerk für Unterstützte Kommunikation und Unterstütztes Schreiben" statt. Dieser wurde vom UK-Netzwerk Weser-Ems initiiert, das sich für die wissenschaftlich fundierte, flächendeckende Implementierung von Beratungsstellen für Unterstützte Kommunikation und Unterstütztes Schreiben in schulischen Einrichtungen sowie vor-, außer- und nachschulischen Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe in Niedersachsen einsetzt. Das Ziel des Runden Tisches war es und ist es auch in diesem Jahr, mit den Anwesenden notwendige Schritte für dieses Vorhaben zu diskutieren.

Im Rahmen des letztjährigen Runden Tisches wurden bereits viele Anstöße gegeben und Vereinbarungen getroffen, welche die Umsetzung des Vorhabens unterstützen. Seither wurde auf allen Ebenen mit den erhalteten Impulsen intensiv weitergearbeitet, die notwendigen Handlungschritte konkretisiert, Gespräche mit relevanten Vertreterinnen und Vertretern geführt sowie weiterhin wertvolle Praxiserfahrung gesammelt.

Nach gut einem Jahr wurde vom UK-Netzwerk Weser-Ems am 08. Juni 2011 ein zweites mal an die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg eingeladen, um über den aktuellen Stand der Implementierung von Beratungsstellen für Unterstützte Kommunikation und Unterstütztes Schreiben in Niedersachsen zu sprechen.

Es konnte gezeigt werden, dass seit dem ersten Runden Tisch 2010 enorme Entwicklungen in mehreren Schulen und Einrichtungen der Behindertenhilfe stattfanden. Diejenigen, die schon seit 10-20 Jahren mit Unterstützter Kommunikation arbeiten, konnten sich aus dem Einzelkämpferdasein befreien. Diese Entwicklungen waren nur möglich, weil dort Fachleute aktiv sind, die sich weit über das übliche Maß hinaus mit viel Kreativität engagieren, und hierzu von ihren Trägern unterstützt werden.

In Zusammenarbeit mit Fachschulen, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen sowie den beiden Universitäten Oldenburg und Hannover und den ISAAC-Referenten und Hilfsmittelfirmen wurden Fort- und Weiterbildungen angeboten.

Das grundständige Studienangebot für Sonder- und Rehabilitationspädagogen wurde dem Bedarf angepasst. An der Universität Oldenburg können Studierende ein Studienmodul zur Unterstützten Kommunikation mit ISAAC-Zertifikat absolvieren. Hierbei werden sie in der UK-Beratungsstelle der Universität praxisnah in die Beratungstätigkeit eingeführt.

Es wurden aber auch die Grenzen dieses Engagements sehr deutlich. Oft fehlt es an Stundenzuweisungen und an Ausstattung. Vor allem aber fehlen weiterhin die dringend benötigten Beratungsstellen. Die niedersachsenweit einzige UK-Beratungsstelle an der Universität Oldenburg ist bis Dezember 2011 ausgebucht und führt schon eine Warteliste für 2012.

Wenn daher nicht zeitnah die notwendige Unterstützung durch die zuständigen Ministerien erfolgt, drohen diese Entwicklungen wieder verloren zu gehen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde daher gemeinsam mit den geladenen Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, sowie der niedersächsischen Landesschulbehörde, der LAG der freien Wohlfahrtspflege, Einrichtungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung, des Verbands Sonderpädagogik e.V. (vds), des Fachverbands für Unterstützte Kommunikation ISAAC e.V. und der Universitäten Oldenburg und Hannover die nächsten Handlungsschritte diskutiert.

Dabei wurde ein weiteres Mal deutlich, wie schwierig es ist, Ressourcen bereit zu stellen.

Um entscheidende Veränderungen im System zu erreichen, sind grundsätzliche Entscheidungen der Ministerien und politischen Vertreter gefragt. Hier werden noch zahlreiche Verhandlungen geführt werden müssen. Es muss den Vertretern allerdings deutlich sein:

Es ist keine Frage des OB, sondern eine Frage des WIE. Denn:

Deutschland verpflichtete sich mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention am 24.2.2009, laut Artikel 24 (3-4) Maßnahmen zu ergreifen, damit Fachleute eingestellt und geschult werden und damit behinderte Menschen die je passende Kommunikationshilfe erhalten.

Es ist unsere Pflicht, dass auch nicht sprechende Menschen gleichberechtigt an Bildung und Gesellschaft teilhaben können. Daran misst sich der Wert unserer Gesellschaft.

Nachfragen unter:

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Fakultät I - Institut für Sonder- und Rehabilitationspädagogik

Fachgruppe Pädagogik bei Beeinträchtigungen der geistigen Entwicklung

Prof. Dr. Andrea Erdélyi

andrea.erdelyi@uni-oldenubrg.de